



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 13. September 2023

Vorlagen-Nr. 23-A-79-0006

Haushalt 2024/2025

- Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.05.2023 -

Der Jugendhilfeausschuss wurde über die Haushaltslage und die Einsparvorgaben der Kämmerei für das Sozialdezernat informiert. Die Liste der „aus dem Bestand zu kürzenden Anteile aufgrund der Eingabevorgaben“ wurde vorgestellt. Diese Informationen wurden mit der allergrößten Sorge entgegengenommen.

Die immensen Kürzungen werden den Verlust wichtiger sozialer Strukturen und Hilfen zur Folge haben, die über viele Jahre aufgebaut wurden. Der Jugendhilfeausschusses befürchtet, dass die ohnehin schon hoch belasteten Bevölkerungsgruppen, die Leistungen der Daseinsfürsorge erhalten und/oder die während der Pandemie besonders gelitten haben und besonderer Fürsorge bedürfen, in überdurchschnittlichem Maße betroffen sein werden. Dies gilt insbesondere auch für Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gehen davon aus, dass sich so die Kluft zwischen Arm und Reich, die Chancenungleichheit sowie die Politik- und Demokratieverdrossenheit in Wiesbaden weiter verstärken werden. Auch wirtschaftlichen Auswirkungen sind zu befürchten, wenn die Berufstätigkeit von Eltern gefährdet wird oder junge Menschen ihrer Entwicklungschancen beraubt werden. Dies alles ist aus Sicht des Jugendhilfeausschusses nicht hinnehmbar.

Es ist aus Sicht des Jugendhilfeausschusses nicht nachzuvollziehen, warum notwendige Kürzungen des städtischen Haushaltes anteilig für alle Dezernate gleich vorgenommen werden sollen. Durch diese Herangehensweise können die unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte der Dezernate, die Bedarfe der Leistungsberechtigten sowie die Auswirkungen auf das soziale Gefüge der Stadtgesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Der Jugendhilfeausschuss fordert deshalb den Kämmerer, den Magistrat und die Stadtverordneten auf, sich der besonderen Verantwortung bewusst zu sein und diese immensen Kürzungen im Sozialdezernat abzuwenden.

Beschluss Nr. 0101

Der Antrag des Jugendhilfeausschusses wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in die Haushaltsplanberatungen 2024/2025 überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für
Finanzen und Beteiligungen
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2023

2. Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2023

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister